

Versorgungslücke in der Pflege sorgt für Handlungsdruck bei den Kommunen

"Pflegerreport 2030" der Bertelsmann Stiftung prognostiziert: Pflegebedarf steigt um 50 Prozent – rund 500.000 Vollzeitkräfte in der Pflege fehlen



Foto: Veit Mette, Bielefeld

Die Versorgungslücke in der Pflege wird bis zum Jahr 2030 vor allem in den Kommunen für große Herausforderungen sorgen. Während die Zahl der Pflegebedürftigen um rund 50 Prozent zunehmen wird, werden nach heutigen Berechnungen ohne grundlegende Weichenstellungen rund eine halbe Millionen Stellen für Vollzeitkräfte in der Pflege unbesetzt bleiben. Das zeigt der aktuelle Pflegerreport der Bertelsmann Stiftung.

Allerdings stellt sich die Situation für die einzelnen Bundesländer und vor allem auf kommunaler Ebene sehr unterschiedlich dar. So weisen die Modellrechnungen für den Stadtstaat Bremen im Zeitraum von 2009 bis 2030 ein Wachstum der Zahl der Pflegebedürftigen von 28 Prozent aus, während die Wachstumsrate für Mecklenburg-Vorpommern mit 56 Prozent annähernd doppelt und für Brandenburg mit 72 Prozent sogar mehr als 2,5-mal so hoch ist. Im Vergleich zum bundesweiten Anstieg der Fallzahlen von durchschnittlich 47 Prozent zeigen sich auch für Berlin (56 Prozent), Bayern (54 Prozent), Schleswig-Holstein (54 Prozent) und Baden-Württemberg (54 Prozent) erhebliche Steigerungsraten. Auf der kommunalen Ebene sind die Unterschiede sogar noch stärker ausgeprägt: Hier reichen die Steigerungsraten von knapp 14 Prozent (Landkreis Goslar) bis zu mehr als 100 Prozent (Landkreis München, Landkreis Oberhavel), wobei die Dynamik fast ausschließlich von der Altersstruktur in der jeweiligen Kommune abhängt.

Waren im Dezember 2009 in Deutschland 2,34 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung, wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis ins Jahr 2030 auf 3,4 Millionen und bis 2050 sogar auf 4,5 Millionen erhöhen. In der Studie wird der aus diesen Daten abgeleitete Personalbedarf in der Pflege in Beziehung gesetzt zum prognostizierten Personalangebot. Die daraus ermittelten Versorgungslücken können nun Grundlage für eine differenzierte Planung jeder Kommune sein. Dabei werden die unterschiedlichen Versorgungsformen in den Vordergrund gerückt. Es wird dargelegt, wie sich die Verteilung dieser Versorgungsformen, also stationäre Pflege, ambulante Pflege oder Angehörigenpflege, in Zukunft unter verschiedenen Annahmen entwickeln wird und welche Auswirkungen dies für die Personalsituation in Pflegeeinrichtungen hat. Unter www.wegweiser-kommune.de stehen Informationen darüber zur Verfügung, wie es um die Pflegesituation in jedem Kreis beziehungsweise jeder kreisfreien Stadt bestellt ist.

"Der drohende Pflegenotstand ist längst bekannt; die Reaktionen reichen jedoch von schlichter Panikmache bis hin zur Vogel-Strauß-Haltung. Wir wollen weder das eine noch das andere, sondern mit dem Pflegereport Bevölkerung und Politik auf die vor uns liegende Wegstrecke für eine nachhaltige und sozial gerechte Bewältigung der künftigen Pflegebedarfe vorbereiten", sagte Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, bei der Vorstellung des Pflegereports in Berlin. Zukünftig werden die notwendigen Leistungen in der Pflege von professionellen Kräften allein nicht zu erbringen sein. Daher ist es notwendig, bei der Verwirklichung bedarfsgerechter Pflegekonzepte auf die Vernetzung aller verantwortlichen Personen und Institutionen zu achten, von der Stadtplanung über Wohnungsbaugesellschaften, Pflegekassen bis hin zu Leistungsanbietern.

"Den Grundsätzen 'Rehabilitation vor Pflege' und 'ambulant vor stationär' muss auf allen Ebenen Geltung verschafft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft, um die Chancen des längeren und gesünderen Lebens für die Bewältigung der demographischen Risiken zu nutzen", so Mohn weiter. "Darum wollen wir Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes-, aber vor allem auf kommunaler Ebene ermutigen, den Kopf auch bei düsteren Prognosen nicht in den Sand zu stecken, sondern die Zeit bis 2030 zu nutzen, um dem Pflegenotstand in der eigenen Region zu begegnen." Den Kommunen kommt hierbei eine maßgebliche Rolle für die Prozess- und Angebotskoordinierung zu. Unabdingbare Voraussetzung ist daher eine Umsteuerung und Bündelung der entsprechenden Finanzquellen, um es den Kommunen zu ermöglichen, eine entsprechende Unterstützungs- und Vernetzungsstruktur aufzubauen und dauerhaft zu unterhalten.

Schon heute gibt es der Prognose zufolge rund 34 000 Vollzeitkräfte zu wenig in Altenheimen, ambulanten Pflegediensten und Krankenhäusern - Pflegenotstand. Demnach werden in Deutschland momentan händeringend 30 000 Pfleger allein für die Altenpflege gesucht, und innerhalb der nächsten zehn Jahre wird die Lücke auf 220 000 anwachsen. Der Fachkräftemangel führe dazu, dass schon heute ganze Abteilungen in Pflegeheimen geschlossen werden müssten, sagte bpa-Präsident Bernd Meurer bei der Vorstellung der Zahlen im August.

Der Arbeitgeberverband Pflege stellte zuletzt eine Studie vor, die wie mehrere zuvor den Fachkräftemangel untermauert. Der Verband beauftragte dafür das RWI in Essen und das Institut stellte als Ergebnis fest, dass mindestens 170 000 Beschäftigte im Bereich Altenpflege im Jahr 2020 fehlen werden. Interessant wird es, wenn man in die Details geht. Denn dann zeigt sich, dass mit den 170 000 Beschäftigten lediglich 75 000 ausgebildete Altenpfleger gemeint sind - der Rest sind Pflegehilfskräfte (27 000) und andere in der Altenpflege Beschäftigte (68 000).

Datengrundlage

Auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2030 des "Wegweiser Kommune" der Bertelsmann Stiftung sowie der Pflegestatistik aus dem Erhebungsjahr 2009 auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte des Statistischen Bundesamtes führte Prof. Dr. Heinz Rothgang von der Universität Bremen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Vorausberechnungen zur Situation der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 durch. Damit werden erstmals für Deutschland entsprechend kleinräumige Vorausberechnungen zur Zahl der Pflegebedürftigen und zur Inanspruchnahme von Pflegeeinrichtungen sowie zu den vorhersehbaren Versorgungslücken vorgestellt.